

# DER OBERBÜRGERMEISTER DER STADT MÜNSTER

22.02.2012

Damen und Herren Fraktionsvorsitzende  
Sprecher der Ratsgruppe UWG/ÖDP  
Herrn Ratsherrn Powroznik

**nachrichtlich:**

Fraktionsgeschäftsstellen  
Büro der Ratsgruppe UWG/ÖDP

## **Geplanter Aufmarsch der Nationalen Sozialisten am 3. März 2012**

Sehr geehrte Damen,  
sehr geehrte Herren,

wie bekannt, wollen die Nationalen Sozialisten am 03.03.2012 in Münster einen Aufmarsch durchführen. Der Rat der Stadt Münster hat in seiner Sitzung am 8. Februar 2012 einstimmig eine Resolution beschlossen, in der es u. a. heißt:

„Aus dieser Überzeugung treten wir dem Aufmarsch von Nationalisten und Rechtsextremisten entgegen. Wir überlassen unsere Stadt nicht den ewig Gestrigen für ihre Propaganda. Wir treten ein für Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und europäische Integration. Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger auf, dies am 3. März 2012 durch aktiven Protest mit uns deutlich zu machen.“

Der Deutsche Gewerkschaftsbund, Region Münsterland, vertreten durch den Regionvorsitzenden, Herrn Heinz Rittermeier, hat für Samstag, den 3. März 2012, bereits eine Kundgebung angemeldet, um gegen den Aufmarsch der Nationalen Sozialisten zu protestieren.

Ich bin in diesem Zusammenhang mehrfach darauf angesprochen worden, ob die Stadt Münster, wie beispielsweise im Jahr 2006 bei der damaligen Kundgebung des Kampfbundes Deutscher Sozialisten in Münster, eine separate Veranstaltung in der Innenstadt, z. B. im Rathaus-Innenhof, durchführen könne, um Bürgerinnen und Bürgern Gelegenheit zu geben, ihren Protest gegen diesen Aufmarsch in Münster deutlich zu machen. Diese Hinweise habe ich aufgeriffen und veranlasst, dass die Erfahrungen rund um den Aufmarsch des Kampfbundes Deutscher Sozialisten im Jahr 2006 ausgewertet und alternative Veranstaltungsmöglichkeiten geprüft werden.

Ergänzend dazu habe ich am 21.02.2012 mit Herrn Rittermeier ein ausführliches Gespräch zu diesen Fragen geführt. Ich stelle kurz den Inhalt und die wesentlichen Feststellungen dar:

1. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hatte zunächst vor, eine Veranstaltung im Umfeld des Zwingers als Protestveranstaltung zu organisieren. Allerdings hat Herr Polizeipräsident Wimber im Rahmen der üblichen Beratungsgespräche darauf hingewiesen, dass ein Standort außerhalb

der Innenstadt aus polizeilicher Sicht anzuraten ist, da es Ziel von Gegendemonstrationen, so Herr Wimber, sei, in „Hör- und Sichtweite“ zu kommen, um ihren Protest wahrnehmbar ausdrücken zu können.

Der jetzt für die Kundgebung des DGB vorgesehene Standort Piusallee/Ecke Hoher Heckenweg beruhte auf entsprechenden Hinweisen der Polizei.

Hierzu folgender Hinweis: Auch im Jahr 2006 hat zwar die „Auftaktveranstaltung“ für die Gegendemonstration im Rathaus-Innenhof stattgefunden. Im Anschluss ist jedoch zusätzlich ein Demonstrationzug zum Bahnhof gezogen, weil seinerzeit die Route der Versammlung des Kampfbundes Deutscher Sozialisten im Bahnhofsumfeld endete.

2. Durch den für dem 03.03.2012 vorgesehenen, und mit der Polizei abgestimmten, Routenverlauf im Norden (Straße im Hagenfeld, Hoher Heckenweg, Josef-Haydn-Straße und Telemannstraße) wird die Innenstadt bewusst freigehalten. Auch die Gegendemonstration an der Piusallee/Ecke Hoher Heckenweg beeinträchtigt die Innenstadt nicht.

Ich habe hierzu Kontakt mit Herrn Polizeipräsidenten Wimber aufnehmen lassen. Herr Wimber hat nochmals bestätigt, dass aus den genannten Gründen und aus polizeitaktischer Sicht der Veranstaltungsort Piusallee/Ecke Hoher Heckenweg der sinnvollste Kundgebungsort ist.

Dazu merke ich an, dass im Jahr 2006 die Erreichbarkeit der Innenstadt durch die Demonstration/Gegendemonstration sehr beeinträchtigt war. Die Innenstadt war an diesem Samstagnachmittag „leer“, was auch zu wirtschaftlichen Einbußen geführt hat.

3. Herr Rittermeier hat im Gespräch ausdrücklich bestätigt, dass die Veranstaltung nicht dazu genutzt werden wird, zu rechtlich problematischen Aktionen aufzurufen.

Folgende Sprecherinnen/Sprecher sind derzeit vorgesehen:

Herr Rittermeier,

Vertreterinnen/Vertreter der Stadt

Herr Marinos, Vorsitzender des Integrationsrates der Stadt

Herr Dr. Ferdinand Schumacher, Stadtdechant Münster (für die katholische Kirche)

Vertreterin/Vertreter der evangelischen Kirche

Herr Franz-Josef Möllenberg, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft NGG

4. Die Veranstaltung des DGB ist durch Herrn Rittermeier angemeldet worden. Das Polizeipräsidium wird die Anmeldung bestätigen. Herr Rittermeier und ich sind uns einig, dass es unser gemeinsames Ziel sein sollte, auch angesichts der unter Ziffer 1- 3 aufgeführten Gründe, eine „Zersplitterung“ zu vermeiden. Da die Kundgebung und Veranstaltung bereits angemeldet ist, ist im Sinne eines „Schulterschlusses“ aller demokratischen Kräfte in Münster vorgesehen, wie folgt vorzugehen:

- Die Kundgebung ist vom DGB angemeldet. Stadt und DGB rufen die Bürgerinnen und Bürger, wie in der Resolution des Rates vom 08.02.2012 vorgesehen, auf, durch ihren aktiven, friedlichen Protest deutlich zu machen, dass in Münster kein Platz für Nationalsozialisten ist. In einem entsprechenden (presseöffentlichen) Aufruf werde ich auf die Resolution des Rates hinweisen und gemeinsam mit dem DGB als Veranstalter die Bürgerinnen und Bürger aufrufen, auf der Veranstaltung - mit friedlichen Mitteln - gegen diesen Aufmarsch zu protestieren.
- Ich vertrete die Stadt Münster und Rat auf der Veranstaltung als Redner, um im Sinne der Resolution des Rates zu verdeutlichen: „Münster sagt Nein zum Rechtsextremismus: Münster bleibt eine Stadt des Friedens und der Toleranz“.
- Da die Veranstaltung, anders als im Jahr 2006 in der Nähe des Demonstrationzuges der Nazis stattfindet, ist ein weiterer „Demonstrationzug“, wie er in 2006 vom Platz des Westfä-

lischen Friedens zum Bahnhof durchgeführt worden ist, nicht notwendig. Herr Rittermeier als Veranstalter wird die Kundgebung nach den letzten Redebeiträgen bzw. Musikbeiträgen offiziell beenden.

Soweit die Ergebnisse aus dem Gespräch mit Herrn Rittermeier. Wir sind zunächst so verblieben, dass wir kommunizieren, da Presseanfragen vorliegen und am Donnerstag auch bereits ein Pressegespräch beim DGB terminiert war, dass Gewerkschaft und Oberbürgermeister das gemeinsame Ziel verfolgen, eine Veranstaltung durchzuführen, die den demokratischen Kräften der Stadt Gelegenheit gibt, gegen den Aufmarsch der Nationalen Sozialisten zu protestieren. Weitere Details werden wir Anfang nächster Woche abstimmen. Auch im Hinblick auf die Sitzungen der Fraktionen am Montag wollte ich Ihnen jedoch kurzfristig den gegenwärtigen Sachstand mitteilen.

Ich hoffe, dass diese Vorgehensweise Ihre Zustimmung findet. Sollten aus Ihrer Sicht noch Rückfragen bestehen stehen ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Markus Lewe', followed by a stylized flourish.

Markus Lewe